

UEAPME-Präsidentin Rabmer-Koller bei EU-Kommissionsvize Dombrovskis: Mehr europäische Unterstützung für KMU-Verbände

Utl.: Stärkere Berücksichtigung der Anliegen von kleinen und mittleren Unternehmen auf EU-Ebene ermöglicht praxisorientiertere Lösungen und höhere Akzeptanz für notwendige Reformen



Wie können sich kleine und mittlere Unternehmen und KMU-Verbände mehr Gehör und Einfluss bei Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene verschaffen? Konkrete Vorschläge dazu und die Forderung nach mehr Unterstützung der EU diesbezüglich standen im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs zwischen Ulrike Rabmer-Koller, Präsidentin des Europäischen KMU- und Handwerksverbandes UEAPME und Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), und dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis, Mittwochnachmittag in Brüssel.

Die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker bemühe sich völlig zu Recht um eine verstärkte Beteiligung der Sozialpartner in europäischen Entscheidungsprozessen, betonte Rabmer-Koller: „Ein regelmäßiger und strukturierter Meinungs austausch zwischen der Europäischen Kommission, Regierungen und nationalen und europäischen Sozialpartnern ist wichtig und notwendig für eine praxisorientierte Wirtschaftspolitik und trägt dazu bei, die Akzeptanz für Reformen zu erhöhen. Wer A sagt, muss aber auch B sagen. Gerade KMU-Arbeitgeberverbände haben oft nicht die Ressourcen, um ihre Mitglieder im sozialen Dialog und bei Verhandlungen entsprechend zu repräsentieren. Hier ist mehr Unterstützung gefragt“, forderte Rabmer-Koller und erinnerte daran, dass die EU-Kommission derzeit finanzielle Unterstützung etwa für Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften und NGOs bereitstellt. „Wenn die Kommission richtigerweise eine angemessene Vertretung der KMU einschließlich der 20 Millionen Kleinstunternehmen will, muss es auch für KMU-Verbände ähnliche Unterstützungsmaßnahmen geben.“ UEAPME fordert daher ein gezieltes EU-Programm zur Förderung des Aufbaus von entsprechenden Kapazitäten. Dazu müsse auch die systematische Berücksichtigung von KMU-Vertretern in europäischen Beratungsgremien gehören.

Weitere Schwerpunkte des Gesprächs zwischen Rabmer-Koller und Dombrovskis waren die Entsendung von Arbeitnehmern, wo sich die UEAPME-Präsidentin für „eine pragmatische Lösung für reale Probleme aussprach, und praktische Probleme von KMU bei der Umsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ betonte. Rabmer-Koller ersuchte Dombrovskis zudem um Unterstützung für die Anliegen von UEAPME zur Vermeidung von Schwarzarbeit, Briefkasten-Firmen und Missbräuchen bei der Entsendung von Arbeitnehmern, die Sozialstandards unterlaufen. „Kontrollen dürfen jedoch nicht so bürokratisch sein, dass sie kleine Unternehmen bei Erbringung ihrer Dienstleistungen unnötig behindern. Gegenmaßnahmen müssen von mehr gesundem Menschenverstand und weniger Ideologie geprägt sein“, mahnte Rabmer-Koller abschließend.

Rückfragehinweis:

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Markus Stock, Tel.: +32 2 286 58 80

Mail: Markus.Stock@eu.austria.be

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich/Presse

Mag. Franziska Annerl, Tel.: +32 474 472594

Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be